

## BGE 74 I 18

Bundesgericht (BGE), 1929-12-20, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge\\_74\\_I\\_18](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_74_I_18)

FR: ATF 74 I 18

IT: DTF 74 I 18

### Volltext

Staatsrecht. davon abweicht (nicht veröffentlichte Urteile des Bundesgerichts vom 20. Dezember 1929 i; S. Jagdgeseilschaft Gränichen S. 12/13 und vom 18. März 1946 i. S. Huguenin ~ A.-G. S. 11 ; OTTO MAYER. Verwaltungsrecht, Bd. I S: 80, FLEINER, Institutionen S. 139/40). Sofern sie die Bestimmungen der Verordnung für ungenügend hält, hat sie diese selbst abzuändern und darf sich nicht in Einzelfällen darüber hinwegsetzen. Vgl. auch Nr. 12. - Voir aussi n° 12. . H. -STIMMRECHT, KANTONALE WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN DROIT DE VOTE, ELECTIONS ET VOTATIONS CANTONALES 7. Urteil vom 22. Januar 1947 i. S. Bihler gegen Kanton Zürich. Beschwerde betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen. Beschwerde (Art. 85 lit. a, 86 Abs. 1. und 89 Abs. 1. o.a.) - Ein Stimmberechtigter, der sich, durch die Formulierung der Abstimmungsfrage (hier: Verbindung zweier Gesetze in einer Vorlage) im Stimmrecht verletzt fühlt, muss den die Abstimmungsfrage festlegenden Hoheitsakt anfechten und kann nicht mehr im Anschluss an die Abstimmungsbeschwerde Recours. concernant les elections et votations cantonales; delai de recours (art. 85, let. a, 86 -w. 1 et 89 W. 1 OJ). Un electeur qui se sent lésé dans son droit de vote par la question soumise au peuple est formé (en l'espece, reuillon de deux lois dans un seul texte législatif) doit attaquer l'acte qui arrête l'objet de la votation et ne peut plus former recours une fois celle-ci intervenue. Ricordi in materia di elezioni e votazioni cantonali " termine per il ricorso (art. 85, lett. a ; 86 cp. 1 e 89 ch. 1 OGF). Un elettore che si ritiene leso nel suo diritto di voto a motivo del modo in cui è formulata la questione sottoposta al popolo (in concreto, riunione di due leggi in un solo testo legislativo) deve impugnare l'atto che fissa l'oggetto della votazione e non può ricorrere dopo la votazione. Stimmrecht, kantonale Wahlen und Abstimmung. N° 1, 19 A. - Am 10 Juli 1947 legte der Regierungsrat des Kantons Zürich dem Kantonsrat den Entwurf eines « Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung » vor. Bei der Beratung im Kantonsrat wurde vorgeschlagen, zur Beschaffung der Mittel für den Kantonsbeitrag an die AHV die Erbschafts- und Schenkungssteuer zu erhöhen und die deshalb notwendigen Änderungen des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes dem Einführungsgesetz zur AHV beizufügen. Der Kantonsrat stimmte diesem Vorschlag am 15. Juli 1947 zu und genehmigte das « Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und die Abänderung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer ». in der Sitzung vom 28. Juli. Darauf setzte der Regierungsrat am 31. Juli die Volksabstimmung auf den 28. September fest und veröffentlichte diese Anordnung nebst dem Gesetzestext und einem Bericht dazu im kantonalen Amtsblatt vom 15. August. Die Volksabstimmung vom 28. September ergab für das Gesetz 73,739 ja und 46,103 nein. Durch Beschluss vom 6. Oktober erklärte der Kantonsrat das Gesetz als vom Volke angenommen. -Dieser Erwählungsbeschluss wurde mit dem Abstimmungsergebnis im kantonalen Amtsblatt vom 7. Oktober veröffentlicht. B.

-Am 6. November 1947 hat Nationalrat Dr. R. Bühler in Winterthur gestützt auf Art. 85 OG staatsrechtliche Beschwerde erhoben: mit dem Antrag: « Das zürcherische Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und die Abänderung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer sei aufzuheben, die Volksabstimmung über dieses Gesetz vom 28. September 1947 ungültig zu erklären und der Kanton Zürich anzuweisen, eine neue Volksabstimmung zu ordnen, in welcher der Gesetzesentwurf den Stimmberechtigten in zwei getrennten Vorlagen, Einfüllringsgesetz zum Bundesgesetz über die AHV einerseits und Änderung des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes andererseits vorgelegt. Willkürlich Eventuell seien nur die Bestimmungen über die Aufhebung des Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer, nämlich § 15, 16 und 17 des angefochtenen Gesetzes aufzuheben ».

20 Staatsrecht. Der Beschwerdeführer erklärt, die Beschwerde richte sich dagegen, dass bei der Abstimmung zwei Gesetze verkoppelt worden seien. Die Verkoppelung sei ausschliesslich aus abstimmungstaktischen Erwägungen erfolgt und entbehre jeder sachlichen Begründung. Da dem Bürger über zwei völlig verschiedene Gesetze nur eine Frage vorgelegt worden sei, habe er nur entweder beide Gesetze annehmen oder beide Gesetze verwerfen können. Dadurch sei der Stimmberechtigte in der freien Ausübung des Stimmrechts beschränkt worden und der Volkswille nicht richtig zum Ausdruck gekommen. Die Verkoppelung verstosse gegen Art. 4 und 5 BV sowie gegen Art. 1 und 30 KV. Der Beschwerdeführer sei zur Beschwerde legitimiert einerseits als Bürger, dessen Stimmrecht durch die unzulässige Verkoppelung zweier Gesetzesvorlagen beeinträchtigt worden sei, andererseits als Bürger, der von den Bestimmungen über die Erbschafts- und Schenkungssteuer betroffen werde. O. - Der Kantonsrat beantragt, auf die Beschwerde nicht einzutreten, eventuell sie abzuweisen. Zur Begründung des Antrags auf Nichtzutreten wird geltend gemacht, der kantonale Instanzenzug sei nicht erschöpft, da das Ergebnis der Volksabstimmung innert 4 Tagen durch Beschwerde beim Kantonsrat hätte angefochten werden können. Ferner erhebe sich die Frage, ob die Beschwerde nicht schon gegen den Kantonsratsbeschluss vom 28. Juli 1947 hätte erhoben werden sollen, denn durch diesen Beschluss sei das Einführungsgesetz zur AHV mit der Novelle zum Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz verbunden und damit die vom Beschwerdeführer beanstandete Fragestellung an die Stimmberechtigten festgelegt worden. Das Bundesgericht zieht in Erwägung: 1. - Mit der Beschwerde wird, wie aus Antrag und Begründung klar hervorgeht, nicht geltend gemacht, das angefochtene Gesetz enthalte verfassungswidrige Bestimmungen, kantonale Wahlen und Abstimmungen. Nicht, sondern es wird lediglich gerügt, dass über die beiden Teile des Gesetzes nicht getrennt abgestimmt wurde. Es handelt sich somit, auch soweit Art. 4 BV angerufen wird, um eine Abstimmungsbeschwerde im Sinne von Art. 85 lit. a OG. Das ergibt sich auch daraus, dass der Beschwerdeführer sich ausdrücklich auf diese Vorschrift stützt und seine Legitimation in erster Linie aus dem Stimmrecht herleitet. Er behauptet freilich, er werde auch als Steuerzahler durch das angefochtene Gesetz betroffen. Als solcher ist er aber wohl kaum legitimiert sich wegen angeblicher Mängel im Abstimmungsverfahren zu beschweren. (vgl. BGE 59 I 121). Wie dem auch sei so ändert die Berufung des Beschwerdeführers auf seine Eigenschaft als Steuerzahler jedenfalls nichts daran dass es sich um eine Abstimmungsbeschwerde nach Art. 85 lit. a OG handelt. Ebenso ist in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung, dass der Beschwerdeführer eventuell lediglich die Aufhebung der im angefochtenen Gesetz enthaltenen neuen Bestimmungen des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes beantragt, denn damit wird nicht verlangt, dass diese

Bestimmungen als Inhaltlich verfassungswidrig aufzuheben seien; vielmehr geht das Eventualbegehren gleich wie das Hauptbegehren der Beschwerde dahin, dass über diese Steuerbestimmungen getrennt abgestimmt werde. . . . 2 - Die beanstandete Beschränkung In der freien Ausübung des Stimmrechts durch unzulässige Vereinigung zweier Gesetze in einer einheitlichen Abstimmungsvorlage ist das Ergebnis der Beschlüsse des Kantonsrats vom 15. und 28. Juli 1947, durch welche dieser dem Einführungsgesetz zur AHV Bestimmungen über die Änderung des Erbschafts- und Schenkungsgesetzes beigefügt und das Gesetz endgültig genehmigt hat. Das Bundesgericht hat die Frage, ob in einem solchen Falle die staatsrechtliche Beschwerde noch im Anschluss an die Volksabstimmung erhoben werden könne, bisher offen gelassen (nicht veröffentlichtes Urteil vom 22. Dezember

22 Staatsrecht. 1926 i. S. Stuber ; Urteil vom 12. Juni 1931 i. S. Deutsch [BGE 57 T 184 H.], nicht veröffentlichte Erw. 1). Die Frage ist zu verneinen. Die Schlussabstimmung des Kantonsrats über das angefochtene Gesetz war ein verbindlicher staatlicher Hoheitsakt, durch den über die den Stimmberechtigten zu unterbreitende Frage endgültig und damit im Sinne von Art. 86 Abs. 1 OGG instanzlich entschieden wurde. Die Stimmberechtigten hatten zur Formulierung der Abstimmungsfrage nicht mehr Stellung zu nehmen, sondern sich lediglich über deren Bejahung oder Verneinung zu äussern. Sofern jene Formulierung die freie Ausübung des Stimmrechts beeinträchtigt haben sollte, wie der Beschwerdeführer behauptet, so wäre dies der Fall gewesen ohne Rücksicht auf den Ausgang der Volksabstimmung. Infolgedessen konnte wegen solcher Beeinträchtigung nur der Beschluss des Kantonsrates und nicht mehr das von den Stimmberechtigten angenommene Gesetz angefochten werden. Diese Lösung ist auch sachlich gerechtfertigt. Es wäre stossend, wenn ein Stimmberechtigter, der sich durch die Formulierung der Abstimmungsfrage oder andere, der Abstimmung vorausgehende und sie betreffende Anordnungen (vgl. BGE 49 I 328/9) in seinem Stimmrecht verletzt fühlt, mit der Geltendmachung des „Mangels bis nach der“ Volksabstimmung zuwarten könnte; vielmehr erscheint es geboten, sofort gegen diese Anordnung Beschwerde zu führen, damit der Mangel womöglich noch vor der Abstimmung behoben werden kann und diese nicht wiederholt zu werden braucht (vgl. BGE 69 I 16, wo aus ähnlichen Erwägungen entschieden wurde, der Entscheid über die Zusammensetzung des Gerichts - Abweisung eines Rekursionsbegehrens - müsse direkt und könne nicht mehr mit dem Endurteil über die Sache angefochten werden). . . Die vom Beschwerdeführer beanstandete Formulierung der Abstimmungsfrage ist den Stimmberechtigten zuerst durch die Veröffentlichung des Gesetzes und des Abstimmungsdatums im kantonalen Amtsblatt vom 15. J. Niederlassungsfreiheit. N° 8. 23 August 1947 und dann durch die gemäss Art. 30 letzter Absatz der Kantonsverfassung spätestens am 29. August erfolgte Zustellung der Abstimmungsvorlage kundgemacht worden. An welchem dieser beiden Daten die Frist zur staatsrechtlichen Beschwerde zu laufen begann, kann offen bleiben, da die vorliegende, erst am 6. November 1947 eingereichte Beschwerde auf jeden Fall verspätet ist. Demnach erkennt das Bundesgericht : Auf die Beschwerde wird nicht eingetreten. III. NIEDERLASSUNGSFREIHEIT LIBERTE D'ETABLISSEMENT 8. Arrêt du 22 janvier 1948 dans la cause Python contra . Conseil d'Etat du canton de Geneve. Liberte d'etablissement ; Mt. 45 Ost. Le mot « exoptionnellement » figurant a l'alea 2 signifie que le principe de la liberte d'etablissement promulge a l'alea 1 souffre exception lorsque l'interesse est prive de ses droits civiques, et non pas que la privation des droits civiques ne permette de refuser ou de retirer l'etablissement qu'a titre exceptionnel, autrement dit dans des conditions particulieres.

Niederlassungsfreiheit; Art. 45 BV. Das Wort ( { ausnahmsweise } ) in Abs. 2 besagt lediglich, dass Verweigerung und Entzug der Niederlassung Ausnahmen von dem in Abs. 1 aufgestellten Grundsatz der Niederlassungsfreiheit seien, nicht aber, dass die Niederlassung den in den bürgerlichen Rechten und Ehren Eingestellten nur in Ausnahmefällen, als wenn ganz besondere Verhältnisse es rechtfertigen, verweigert oder entzogen werden könne. Libertà di domicilio (Mt. 45 OF). La parola « eccezionalmente » ehe riorre nel secondo capoverso significa che il principio della liberta di domicilio sancito dal primo capoverso patisce eccezioni allorchè l'interessato è privato dei suoi diritti civici e non già ehe la privazione dei diritti civici permetta di rifiutare o revocare il domicilio soltanto a titolo eccezionale, ossia se si verificano particolari condizioni. A. - Alexis-Julien Python, originaire d'Arconciel (Fribourg), a été expulsé du territoire genevois par arrêté .

24 Staatsrecht. du Departement de justice et police du canton de Geneve du II octobre 1947. Cette decision a été confirmée par le Conseil d'Etat du même canton le 6 decembre 1947 pour les motifs suivants : ( { Considerant que, par jugement du 8 mai 1947, le recourant a été condamné a dix-huit mois de reclusion et a trois ans de privation des droits civiques pour attentat a la pudeur sur des enfants ; que dans ces conditions la mesure d'expulsion prise par le Departement de justice et police est fondée tant en fait qu'en droit ; vu l'art. 45 al. 2 de la Constitution federale. » B. - Python a interjeté contre l'arrêté du Conseil d'Etat un recours de droit public aux termes duquel il conclut a l'annulation de cette decision. Considerant en droit : L'argumentation du 'recourant se ramene a 'pretendre qu'il ne suffit pas, pour permettre a l'autorité cantonale d'ordonner l'expulsion d'un citoyen suisse, que ce dernier soit privé de ses droits civiques, mais qu'il faut en outre - ainsi qu'il ressort du mot « exceptionnellement » dont se sert l'art. 45 al. 2 Cst. - que cette mesure puisse trouver sa justification dans les circonstances particulieres du cas, telles que la nature du delit qui a motive la privation des droits civiques ou la gravite de la faute, et, selon lui, cette condition n'était pas realisée en l'espece. cette these a déjà été refutée a plusieurs reprises par le Tribunal federal. Ainsi qu'on l'a dit, en effet, le mot ( { exceptionnellement » qui introduit le second alinea de l'art. 45 Cst. ne signifie pas que la privation des droits civiques ne permette qu'exceptionnellement de retirer ou refuser le droit de s'établir dans un canton, mais veut dire simplement que le principe de la liberte d'établissement promulgué au premier alinea de l'art. 45 souffre exception dans le cas du second alinea, c'est-à-dire precisement dans le cas où l'intéressé est privé de ses droits civiques (cf. arrêt Kölliker contre Vaud du 19 janvier 1942, non publié, ainsi que les arrêts qui y sont cités). I I I i i , I 4 - I . I Nie< i | rlassungsfreiheit. N° 9. 25 Du moment par consequent que le recourant était privé de ses droits civiques au moment de son expulsion - ce qu'il ne conteste pas -, la decision du Conseil d'Etat n'est pas critiquable et elle demeurera justifiée aussi longtemps que le recourant n'aura pas recouvré l'exercice de ces droits. Le Tribunal federal prononce: Le recours est rejeté. 9. Urteil vom 24. März 1948 i. S. Kanton Aargau gegen Kanton Appenzel A/Rh. Art. 45 BV, 374 SeGB, 83 lit. bOG. Zuständigkeit des Bundesgerichts zur Behandlung von betr. Heimschaffung von Personen, die für Kosten emer genchtlich verfügten Massnahme im Sinne des StGB nicht aufkommen können (Erw. 1); . . . Kostentragungspflicht des Kantons für ~al; men se-er Gerichte in Anwendung des StGB ; :UnzulässigkeIt der ~enn schaffung eines ausserkantonalen Kindes, wenn der Heimat- kanton die tbernahme des Vollzuges nicht zusichert (Erw. 3 und 4); . . . Art. 45 Ost., 374 OP et 83 litt. b OJ. Competence du Tribunal federal pour statue:r: sur des demandes relatives au rapatriement de personnes 9UI ne peuvent payer les frais d'une mesure ordonnée par le Juge en vertu du CP (consid. 1) ; Le canton est tenu de supporter les

frais d'une telle mesure ordonnée par ses tribunaux ; il n'a pas le droit de renvoyer un enfant originaire d'un autre canton, parce que ce dernier ne se charge pas de l'exécution (consid. 3 et 4). . Art. 45 OF, 3740P e 83 lett. b OGF. . Competenza del Tribunale federale per stJl,tmre su domande concernenti il rimpatrio di persone cl;te ~on. po~no pagare le spese d'una misura ordinata da! glUdice m Vlrtu deI CP (consid. 1). . . . TI Cantone e tenuto a Soppo!tare le spe~ ~'~a Slffa~ta mls.ura ordinata dai suoi tribunah ; non ha Il, Wrltto de rnnpatnare un fanciullo attinente d'un altro Cantone pel fatto ehe questo non vuol sopportare dette spase (consid. 3 e 4). A. - Mit Beschluss vom 5. September 1947 hat das Jugendgericht des Kantons Appenzell AjRh. den 1934 geborenen Knaben Rene der Eheleute Weber-Knöpfier

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.